



Analyse des Budgetdienstes

Budgetvollzug Jänner bis Mai 2015

Grundlage für die Analyse sind folgende Dokumente:

- Monatserfolg April 2015 (70/BA)
- Monatserfolg Mai 2015 (72/BA)
- Bericht gemäß § 47 (1) und § 66 (3) BHG 2013 über die Entwicklung des Bundeshaushalts Jänner – April 2015 (69/BA)

Aggregierte Entwicklung des Bundeshaushaltes bis Mai 2015

Die nachfolgende Tabelle weist die Eckwerte des Budgetvollzugs Jänner bis Mai 2015 aus und stellt sie dem Vorjahr gegenüber:

Entwicklungen im Finanzierungshaushalt Jänner bis Mai 2015

Finanzierungsrechnung	Monatserfolg	Monatserfolg kumuliert				Jahreswerte			
	Mai 2015	Jän-Mai 2014	Jän-Mai 2015	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %	Erfolg 2014	BVA 2015	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %
Allgemeine Gebarung									
Einzahlungen	7.923,6	26.257,4	26.967,8	710,5	2,7	71.462,8	71.525,4	62,5	0,1
Auszahlungen	6.088,8	31.934,3	30.836,7	-1.097,6	-3,4	74.652,6	74.719,2	66,7	0,1
Nettofinanzierungsbedarf	1.834,8	-5.676,9	-3.868,8	1.808,1	31,8	-3.189,7	-3.193,8	-4,1	-0,1

Quelle: BMF, Monatserfolg Mai 2015

Die **Einzahlungen** von Jänner bis Mai 2015 betragen rd. 27 Mrd. EUR und sind um 2,7 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das Gesamtjahr 2015 wurde ein Anstieg gegenüber dem Erfolg 2014 um 0,1 % budgetiert.

Die **öffentlichen Bruttoabgaben** betragen bis Ende Mai 2015 rd. 31,9 Mrd. EUR und liegen damit um 1,2 Mrd. EUR bzw. 3,9 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. Für das Gesamtjahr war ein Anstieg um 4,2 % budgetiert. Die im bisherigen Jahresverlauf gute Entwicklung ist in erster Linie auf Vorzieheffekte bei den Kapitalertragsteuern (+341,3 Mio. EUR bzw. 38,6 %) aufgrund der angekündigten Steuererhöhung und den Anstieg bei der veranlagten Einkommensteuer (+91,3 Mio. EUR bzw. 9,4 %) zurückzuführen.



Deutlich hinter den Erwartungen liegen die Einzahlungen aus der Lohnsteuer (+3,7 % im Vorjahresvergleich, BVA 2015 gegenüber Erfolg 2014 dagegen +5,2 %), der Umsatzsteuer (+1,5 % gegenüber +3,3 %) und der Körperschaftsteuer (5,3 % gegenüber +11,7 %). Die öffentlichen Bruttoabgaben werden laut BMF aufgrund der schlechten Konjunkturlage um insgesamt 1,5 Mrd. EUR deutlich hinter dem Voranschlag zurückbleiben.

Die **Auszahlungen** sind bis Ende Mai 2015 im Vorjahresvergleich um rd. 1,1 Mrd. EUR bzw. 3,4 % zurückgegangen. Der Rückgang der Auszahlungen im Vergleich zum Mai des Vorjahres lässt sich insbesondere auf die im letzten Jahr höheren Auszahlungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität (750 Mio. EUR Kapitalerhöhung für ehemalige Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) und der UG 45-Bundesvermögen (445 Mio. EUR für die letzte Rate ESM) zurückführen. Für das Gesamtjahr ist ein Wachstum der Auszahlungen iHv 0,1 % budgetiert. Höhere Auszahlungen erfolgten bislang insbesondere für die Arbeitslosenversicherung (UG 20-Arbeit: +343 Mio. EUR), den Bundeszuschuss an die gesetzlichen Pensionsversicherungsträger (UG 22-Pensionsversicherung: +165 Mio. EUR) und Soziales und Konsumentenschutz (UG 21-Soziales und Konsumentenschutz: +100 Mio. EUR). Zu deutlichen Minderauszahlungen kommt es in der UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 676 Mio. EUR verringerten.

Die **Konjunktur entwickelt** sich deutlich schwächer als prognostiziert. Während zum Zeitpunkt der Budgeterstellung für 2015 ein reales Wirtschaftswachstum von 1,7 % erwartet wurde, gehen WIFO und IHS in ihren jüngsten Konjunkturprognosen nur noch von einem Wachstum des realen BIP iHv 0,5 % bzw. 0,7 % aus. Insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte entwickeln sich schwächer als erwartet. Auch vom privaten Konsum gehen nur sehr mäßige Impulse aus. Die Arbeitsmarktlage ist weiterhin sehr angespannt. WIFO und IHS erwarten in ihrer jüngsten Prognose für 2015 einen Anstieg der Arbeitslosenquote (lt. AMS) auf 9,3 % bzw. 9,1 % (prognostizierter Wert bei der Budgeterstellung 8,1 %). Das Beschäftigungswachstum wird laut WIFO voraussichtlich nur 0,6 % statt 1,0 % betragen.



Vorschau für das Gesamtjahr 2015

Im **Strategiebericht** zum Bundesfinanzrahmen 2016 – 2019 wurde aufgrund der ungünstigeren Konjunktorentwicklung davon ausgegangen, dass das Maastricht-Defizit 2015 mit 2,2 % des BIP deutlich höher ausfallen wird als bei der Übersicht über die Haushaltsplanung 2015 erwartet (1,9 %). In einer internen Vorschau vom März 2015 erhöhte das BMF daher auch das geplante administrative Defizit laut BVA 2015 um rd. 1,5 Mrd. EUR. Dabei ging es von einem Rückgang der Einzahlungen aus öffentlichen Abgaben (-911 Mio. EUR), höheren Auszahlungen bei Arbeitsmarktmaßnahmen (-850 Mio. EUR) sowie bei den Pensionen (-340 Mio. EUR) und Minderauszahlungen für Zinsen iHv rd. 2,0 Mrd. EUR aus. Darüber hinaus wurde die vorgesehene Zahlung aus der Haftung des Bundes für eine Nachrangleihe der Hypo-Alpe-Adria AG iHv 1,0 Mrd. EUR berücksichtigt.

Im **Budgetcontrolling-Bericht** per Ende April 2015 rechnet das Bundesministerium für Finanzen für 2015 weiterhin mit einem gesamtstaatlichen Maastricht-Defizit von 2,2 % des BIP. Es sei Ziel der Bundesregierung, 2015 das geplante strukturelle gesamtstaatliche Defizit von 0,54% des BIP einzuhalten. Die gesamtstaatliche Verschuldung in Relation zum BIP soll unverändert zur Frühjahrsnotifikation 86,8 % betragen.

Das Budgetcontrolling per Ende April 2015 zeigt demnach, dass der für 2015 veranschlagte Nettofinanzierungsbedarf deutlich überschritten werden wird. Nachfolgend werden jene Untergliederungen tabellarisch dargestellt, bei denen mit größeren Abweichungen vom BVA zu rechnen ist. Eine nähere Quantifizierung erfolgte im Budgetcontrolling-Bericht dabei lediglich für die UG 46-Finanzmarktstabilität und die UG 30-Bildung und Frauen.



Budgetcontrolling April 2015 – Auszahlungen

UG	Bezeichnung	Erläuterung	Abweichung	BVA 2015	Jän-Mai 2015
Mehrbedarf					
<i>in Mio. EUR</i>					
46	Finanzmarktstabilität	Haftung des Bundes für Nachranganleihe HETA (1 Mrd. EUR); Sonstige Haftungen des Bundes (0,3 Mrd. EUR)	1.300	431	2
30	Bildung und Frauen	Überschreitungen wenn nicht rechtzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen gesetzt werden	300	7.993	3.308
20	Arbeit	Höherer Bedarf für Arbeitslosengeld; (zusätzliche Förderungsprojekte durch Mittel aus Arbeitsmarktrücklage bedeckt)		7.147	3.276
11	Inneres	Stärkerer Anstieg der Anzahl an Asylwerber und der damit zusammenhängenden Grundversorgungskosten, Mehrbedarf bei Mieten, im IT-Bereich und beim Dienstbetrieb des Sicherheits- und Kriminalpolizei sowie auf Grund des Sicherheitspakets		2.530	1.111
12	Äußeres	Friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen; Entwicklungszusammenarbeit		409	173
21	Soziales und Konsumentenschutz	Mehrbedarf durch 24 Stunden Betreuung und für pflegende Angehörige		3.000	1.375
24	Gesundheit	Zahlungen im Zusammenhang mit ELGA und Gesundheitsförderung		957	416
25	Familien und Jugend	Rückzahlungen an die Gemeinde Wien		7.023	2.816
41	Verkehr, Innovation und Technologie	ÖBB-Infrastruktur		3.349	1.353
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	Zusätzliche Mittel für ländliche Entwicklung		2.145	533
43	Umwelt	Vertragliche Verpflichtungen aufgrund Förderzusagen aus vergangenen Jahren		643	117
Mehrbedarf durch Mehreinzahlungen gedeckt					
13	Justiz	Mehrbedarf ohne nähere Erläuterung		1.309	558
10	Bundeskanzleramt	Überschreitung im variablen Bereich des EFRE		398	209
Minderauszahlungen					
23	Pensionen - Beamtinnen und Beamte	Weniger Mittel für Ruhe und Versorgungsgenüsse		9.288	3.850
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	Deutlich geringere Zinszahlungen		6.557	2.134
Summe Untergliederungen mit Mehrbedarf bzw. Minderauszahlungen				53.180	21.233
Summe übrige Untergliederungen				21.539	9.604
Summe Allgemeine Gebarung				74.719	30.837

Quelle: BMF Bericht über die Entwicklung des Bundeshaushaltes Jänner bis April 2015, eigene Darstellung

Auszahlungsseitig ist dem Bericht zufolge insbesondere in der UG 46-Finanzmarktstabilität mit einer Überschreitung der budgetierten Auszahlungen von bis zu 1,3 Mrd. EUR zu rechnen, auch im konjunktur reagiblen Arbeitsmarktbereich werden hohe Mehrauszahlungen erwartet. Darüber hinaus werden in den UGs 11-Inneres, 12-Äußeres, 21-Soziales und Konsumentenschutz, 24-Gesundheit, 25-Familien und Jugend, 41-Verkehr, Innovation und Technologie, 42-Land-, Forst- und Wasserwirtschaft und 43-Umwelt mehr Budgetmittel gebraucht. In der UG 30-Bildung und Frauen wird ohne Gegensteuerungsmaßnahmen mit einem Mehrbedarf von 300 Mio. EUR gerechnet.



Budgetcontrolling April 2015 – Einzahlungen

UG	Bezeichnung	Erläuterung	Abweichung	BVA 2015	Jän-Mai 2015
Mindereinzahlungen			<i>in Mio. EUR</i>		
16	Öffentliche Abgaben	Geringere Einzahlungen (Abgabenerfolge)		49.197	17.970
43	Umwelt	Geringere Versteigerungserlöse für Emissionszertifikate	-160	550	33
25	Familien und Jugend	FLAF Überschüsse bleiben hinter dem Voranschlag zurück		7.394	2.606
Mehreinzahlungen					
51	Kassenverwaltung	Höhere Rückflüsse aus EU (2014 einbehalten)	400	1.427	1.205
13	Justiz	Insbesondere bei den Gerichtsgebühren		980	471
Summe Untergliederungen mit Mehreinzahlungen bzw. Mindereinzahlungen				59.547	22.284
Summe übrige Untergliederungen				11.978	4.684
Summe Allgemeine Gebarung				71.525	26.968

Quelle: BMF Bericht über die Entwicklung des Bundeshaushaltes Jänner bis April 2015, eigene Darstellung

Das BMF erwartet, dass die **Einzahlungen** der öffentlichen Abgaben aufgrund der schlechteren Konjunkturentwicklung deutlich unter dem Voranschlag liegen werden. Auch in der UG 25-Familien und Jugend bleiben die Einzahlungen geringfügig hinter dem Voranschlag zurück. Nähere Informationen zur Entwicklung der einzelnen Abgabensarten liegen nicht vor. Die Versteigerungserlöse von Emissionszertifikaten der UG 43-Umwelt sollen um 160 Mio. EUR geringer aus budgetiert ausfallen, hingegen wird mit Mehreinzahlungen im Bereich der Gerichtsgebühren und aus Rückflüssen der EU (+400 Mio. EUR) gerechnet.

Generell sind gemäß dem Budgetcontrolling-Bericht die unterjährigen Controlling-Meldungen eher vorsichtig, der Budgetvollzug sei häufig deutlich besser als unterjährig erwartet wurde. Um jedoch einen restriktiven **Budgetvollzug 2015** sicherzustellen, soll die Entnahmemöglichkeit der hohen Rücklagenbestände der Ressorts im laufenden Budgetvollzug durch das BMF weiterhin nur sehr eingeschränkt möglich sein.



Budgetäre Risiken aus den Griechenland-Hilfspaketen

Bisher hat Österreich für das Griechenland-Hilfspaket bilaterale Darlehen an Griechenland iHv 1,6 Mrd. EUR gewährt, für die der Zinsendienst geleistet wurde. Gemäß Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz sind zur Stabilisierung des Euroraums Haftungen zuzüglich Zinsen und Kosten für die Begebung von Finanzierungen der European Financial Stability Facility (EFSF) und Zuschüsse an Griechenland möglich. Der aktuelle Haftungsstand des Bundes für Finanzierungen des EFSF beläuft sich auf 10,3 Mrd. EUR (Kapital und Zinsen inkl. Übergarantien). Eine etwaige Staatspleite Griechenlands hätte einen Abschreibungsbedarf des bilateralen Darlehens zur Folge. Im Finanzausschuss am 30. Juni 2015 erläuterte der Bundesminister für Finanzen, dass die Garantieleistungen gegenüber dem EFSF-Fonds erst bei einer Insolvenz des Fonds schlagend werden würden. Der EFSF sei ein Vorläufer des ESM und der ESM ausreichend liquide. Bei einem Haircut könnten mittelfristig jedoch Zahlungen schlagend werden.

Anmerkungen zur Vorschau im Budgetcontrolling-Bericht

In der Vorschau des Budgetcontrolling-Berichts sollten die erwarteten wesentlichen Abweichungen vom Voranschlag nicht nur inhaltlich beschrieben, sondern möglichst auch beziffert (allenfalls mit Bandbreiten) werden, um eine quantitative Einschätzung der Abgeordneten zu ermöglichen. Die Prognose des voraussichtlichen Jahresergebnisses sollte künftig neben dem Maastricht-Defizit auch die Entwicklung des strukturellen Defizits des Bundes (BVA 2015: -0,5 %) bzw. des Gesamtstaates umfassen.

Budgetvollzug Jänner bis Mai 2015

Im Folgenden werden auszugsweise jene Untergliederungen dargestellt, die im Finanzierungshaushalt hohe absolute und/oder prozentuelle Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum Jänner bis Mai des Vorjahres aufweisen.

Einzahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Einzahlungen	Vergleich Jän-Mai 2015 mit Jän-Mai 2014		Vergleich BVA 2015 mit Erfolg 2014	
		Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %
16	Öffentliche Abgaben	770,1	4,5	1.723,6	3,6
51	Kassenverwaltung	232,5	23,9	306,9	27,4
40	Wirtschaft	83,1	107,5	36,1	13,1
45	Bundesvermögen	-116,9	-21,0	105,1	10,4
46	Finanzmarktstabilität	-440,9	-95,0	-2.361,3	-95,5
	Summe ausgewählte Untergliederungen	527,9	2,7	-189,6	-0,4
	<i>übrige Untergliederungen</i>	182,5	2,6	252,2	1,3
	Summe alle Untergliederungen	710,5	2,7	62,5	0,1



Auszahlungen, wesentliche Abweichungen

UG	Finanzierungsrechnung, Auszahlungen	Vergleich Jän-Mai 2015 mit Jän-Mai 2014		Vergleich BVA 2015 mit Erfolg 2014	
		Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %	Unterschied in Mio. EUR	Unterschied in %
20	Arbeit	343,2	11,7	-276,6	-3,7
22	Pensionsversicherung	164,6	2,9	277,2	2,7
25	Familien und Jugend	129,7	4,8	189,7	2,8
21	Soziales und Konsumentenschutz	99,7	7,8	34,6	1,2
11	Inneres	46,0	4,3	-70,8	-2,7
45	Bundesvermögen	-451,8	-68,1	-40,2	-3,8
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	-675,5	-24,0	-145,4	-2,2
46	Finanzmarktstabilität	-749,3	-99,7	-334,4	-43,7
Summe ausgewählte Untergliederungen		-1.093,3	-6,1	-365,8	-0,9
<i>übrige Untergliederungen</i>		<i>-4,3</i>	<i>0,0</i>	<i>432,5</i>	<i>1,2</i>
Summe alle Untergliederungen		-1.097,6	-3,4	66,7	0,1

Quelle: Monatserfolg BMF, eigene Darstellung

UG 16-Öffentliche Abgaben

Die **öffentlichen Bruttoabgaben** betragen bis Ende Mai 2015 rd. 31,9 Mrd. EUR und sind damit um 1,2 Mrd. EUR bzw. 3,9 % höher als im Vorjahr. Budgetiert war ein Anstieg um 4,2 %. Die Entwicklung der öffentlichen Abgaben wird maßgeblich von der Wirtschaftslage beeinflusst. In ihren jüngsten Konjunkturprognosen erwarten WIFO und IHS für das Jahr 2015 ein Wachstum des realen BIP iHv 0,5 % bzw. 0,7 %. Bei der Erstellung des BVA 2015 wurde noch von einem Wirtschaftswachstum von 1,7 % ausgegangen. Gleichzeitig wurde bei der Budgeterstellung noch von einem stärkeren Beschäftigungsanstieg und einer geringen Arbeitslosenquote ausgegangen als derzeit erwartet wird. Für das Gesamtjahr 2015 prognostiziert das BMF gemäß dem Strategiebericht zum BFRG-E 2016 – 2019 nunmehr, dass die öffentlichen Bruttoabgaben aufgrund der schlechten Konjunkturlage um 1,5 Mrd. EUR hinter dem Budgetwert zurückbleiben werden. Bereits 2014 gab es gegenüber dem BVA 2014 aufgrund der schwachen Konjunkturlage Mindereinzahlungen von rd. 880 Mio. EUR, die auch als Basiseffekt für 2015 wirken. Beim Vorjahresvergleich ist auch zu berücksichtigen, dass der Vergleichszeitraum 2014 die Anpassungen diverser Abgaben im Zuge des Abgabenänderungsgesetzes 2014 noch nicht beinhaltet.

Die **Einkommen- und Vermögenssteuern** lagen per Ende Mai 2015 um 6,3 % bzw. rd. 955 Mio. EUR über dem vergleichbaren Vorjahreswert und beliefen sich damit auf 16,1 Mrd. EUR. Für das Gesamtjahr war ein Anstieg um 4,8 % budgetiert. Die im bisherigen Jahresverlauf gute Entwicklung ist in erster Linie auf Vorzieheffekte bei den **Kapitalertragsteuern** aufgrund der angekündigten Steuererhöhung zurückzuführen. Bis Ende Mai lagen die Einzahlungen aus den Kapitalertragsteuern um 341,3 Mio. EUR bzw. 38,6 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Weiterhin gut hat sich auch die **veranlagte Einkommensteuer** entwickelt, die um 93,1 Mio. EUR bzw. 9,4 % über dem vergleichbaren



Vorjahreswert liegt (budgetiert Anstieg: 3,4 %). Der starke Anstieg bei der **Stiftungseingangsteuer** um 60,3 Mio. EUR bzw. 2.111,3 % dürfte auf wenige Einzelfälle zurückzuführen sein, bei denen es zu hohen Zuführungen zu Privatstiftungen gekommen ist. Deutlich hinter den Erwartungen liegen die Einzahlungen aus der **Lohnsteuer**, die um 375,0 Mio. EUR bzw. 3,7 % über dem Vorjahreswert liegen. Budgetiert war ein Anstieg um 5,2 %. Dies ist vor allem auf die schwächer als erwartete Entwicklung der Beschäftigungslage zurückzuführen. Auch die Einzahlungen aus der sehr konjunkturreaktiven Körperschaftsteuer entwickeln sich schwächer als angenommen. Bis Ende Mai lagen sie um 119,8 Mio. EUR bzw. 5,3 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert (budgetierter Anstieg: 11,7 %). Für das Gesamtjahr dürfte bei den Einkommen- und Vermögensteuern der insgesamt veranschlagte Wert (41,9 Mrd. EUR) nicht erreicht werden.

Bei den **Verbrauchs- und Verkehrssteuern** beliefen sich die Einzahlungen bis Ende Mai auf 15,4 Mrd. EUR (+1,7 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres). Der bisherige Anstieg liegt damit deutlich hinter dem budgetierten Anstieg iHv 3,4 % zurück. Dies ist in erster Linie auf die weiterhin schwache Konsumententwicklung und den geringen Preisanstieg zurückzuführen. Während bei der Erstellung des BVA 2015 noch von einem Anstieg der Verbraucherpreise um 1,9 % ausgegangen wurde, erwarten WIFO und IHS derzeit für 2015 einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,1 %. Die Einzahlungen aus der **Umsatzsteuer** lagen bis Ende Mai bei 10,6 Mrd. EUR und sind damit um 1,5 % höher als im Vorjahr (budgetierter Anstieg: 3,3 %). Die starken Rückgänge gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei der **Alkoholsteuer** und der **Normverbrauchsabgabe** dürften auf Vorzieheffekt aus dem Vorjahr zurückzuführen sein, die im Vergleichszeitraum 2014 bedingt durch die damals angekündigten Steuererhöhungen im Rahmen des Abgabenänderungsgesetz 2014 zu hohen Einzahlungen geführt haben. Wiederum deutlich über dem vergleichbaren Vorjahreswert liegt die **Grunderwerbsteuer**. Möglicherweise kommen auch hier Vorzieheffekte aufgrund der angekündigten Änderungen im Bereich der Grunderwerbsteuer zum Tragen.

Die **öffentlichen Nettoabgaben** liegen mit 4,5 % noch deutlich über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Budgetiert war ein Anstieg um 3,6 %. Neben der bisherigen guten Entwicklung bei den Einkommen- und Vermögensteuern ist dies insbesondere auf im 1. Quartal 2015 erfolgte außertourliche Rückzahlungen von **EU-Beiträgen** zurückzuführen, die 2014 aus der Neuberechnung der EU-Beiträge entstanden waren und in der Maastricht-Rechnung bereits 2014 berücksichtigt wurden.

Nicht nachgekommen wurde bislang dem im Budgetausschuss mehrmals geäußerten Wunsch nach einem gesonderten Ausweis der Immobilienertragssteuer.



Nicht näher erläutert sind Aufwendungen aus Wertberichtigungen und dem Abgang von Forderungen, die laut Ergebnisrechnung nach ökonomischen Kriterien bis Ende Mai 2015 insgesamt 436,7 Mio. EUR betragen und damit signifikant von den Vorjahreswerten abweichen.

UG 20-Arbeit

Die **Auszahlungen** in der UG 20-Arbeit sind bis Ende Mai 2015 um 343,2 Mio. EUR bzw. 11,7 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Da es bereits im Vorjahr zu einer deutlichen Überschreitung des BVA 2014 gekommen ist, liegen die für 2015 veranschlagten Auszahlungen um 276,6 Mio. EUR bzw. 3,7 % unter dem Erfolg für 2014. Aufgrund der weiterhin sehr angespannten Arbeitsmarktlage wird der für 2015 veranschlagte Wert insbesondere aufgrund höherer Auszahlungen für passive Leistungen erheblich überschritten werden. Ein erhöhter Mehrbedarf für zusätzliche Förderprojekte kann laut Budgetcontrolling-Bericht des BMF aus einer Entnahme von Mitteln aus der Arbeitsmarktrücklage (69 Mio. EUR per Dezember 2014) finanziert werden. Die **Einzahlungen** aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen entwickeln sich weiterhin gut und lagen bis Ende Mai um 77,7 Mio. EUR bzw. 3,5 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die für 2015 veranschlagten Einzahlungen liegen um 1,9 % über dem Erfolg für 2014.

Die aktuelle Arbeitsmarktdaten deuten auf keine Entspannung der Arbeitsmarktlage hin. WIFO und IHS erwarten in ihrer jüngsten Prognose für 2015 einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 9,3 % bzw. 9,1 % (2014: 8,4 %). Trotz des Beschäftigungswachstums wird die Arbeitslosigkeit durch die starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebots weiterhin zunehmen. Die aktuellsten Arbeitsmarktdaten des AMS vom Mai 2015 weisen einen Stand von 330.326 vorgemerkten Arbeitslosen aus (+13,6 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres). Besonders stark vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen sind weiterhin ausländische Arbeitskräfte (+24,2 %), ältere Personen ab 50 Jahren (+16,8 %) und behinderte Personen (+14,8 %). Der Anteil der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen beträgt insgesamt 19,4 %. Die durchschnittliche Verweildauer in Tagen ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10 Tage auf 113 Tage angestiegen, was auf einen Rückgang der Arbeitsmarktdynamik hindeutet.



UG 21-Soziales und Konsumentenschutz

Die **Auszahlungen** in der UG 21-Soziales und Konsumentenschutz betragen bis Ende Mai 2015 rd. 1,4 Mrd. EUR und liegen um 99,7 Mio. EUR bzw. 7,8 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Veranschlagt wurde für das Gesamtjahr ein Anstieg gegenüber dem Erfolg 2014 um 1,2 %. Laut Budgetcontrolling-Bericht des BMF sind die höheren Auszahlungen im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Bereich Pflege höhere Vorschussleistungen an die Pensionsversicherung angewiesen wurden. Weiters kam es zu Mehrauszahlungen für pflegende Angehörige und für die 24-Stunden-Betreuung. Für das Gesamtjahr wird es laut BMF zu einer Überschreitung der veranschlagten Auszahlungen kommen. Der Großteil des Mehrbedarfs wird für die 24-Stunden-Betreuung und für pflegende Angehörige benötigt.

UG 22-Pensionsversicherung

Bis Ende Mai betragen die **Auszahlungen** in der UG 22-Pensionsversicherung rd. 5,8 Mrd. EUR (+2,9 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres). Die für 2015 veranschlagten Auszahlungen liegen um 2,7 % über dem Erfolg 2014. Der Anstieg der Auszahlungen ist auf einen höheren Bundeszuschuss an die gesetzlichen Pensionsversicherungsträger zurückzuführen. Für das Gesamtjahr werden derzeit keine wesentlichen Abweichungen gegenüber dem BVA 2015 erwartet.

Die Jahresabrechnungen der Pensionsversicherungsträger für 2014 liegen dem BMASK bereits vor. Daraus ergibt sich, dass der Bund im Jahr 2014 insgesamt um rd. 220 Mio. EUR zu viel an die Pensionsversicherungsträger überwiesen hat. In den Vorjahren führten Abrechnungsreste zu Einzahlungen in der UG 22-Pensionsversicherung, für 2015 ist noch offen, ob es statt höherer Einzahlungen zu einer Korrektur der Auszahlungen kommt.

UG 11-Inneres

Die Auszahlungen in der UG 11-Inneres sind bis Mai 2015 um 4,3 % (46 Mio. EUR) höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im Vergleich zum Erfolg 2014 sollen die Auszahlungen 2015 jedoch um 2,7 % (70,8 Mio. EUR) sinken. Laut Bericht zum Budgetcontrolling ist mit Überschreitungen des BVA wegen den steigenden Grundversorgungskosten im Asylbereich und bei Mieten, IT-Bereich, Dienstbetrieb der Sicherheits- und Kriminalpolizei sowie aufgrund des Sicherheitspakets zu rechnen.



UG 25-Familien und Jugend

In der UG 25-Familien und Jugend stiegen die Auszahlungen bis Ende Mai im Vergleich zum Vorjahr um 130 Mio. EUR (+4,8 %), für das Gesamtjahr wurde ein Anstieg um 2,8 % (+190 Mio. EUR) budgetiert. Im Vorjahr wurde per 1. Juli 2014 die Familienbeihilfe erhöht, darüber hinaus sind heuer Rückzahlungen an die Gemeinde Wien erfolgt.

UG 45-Bundesvermögen

In der UG 45-Bundesvermögen sind die Auszahlungen aufgrund des Entfalls der Ratenzahlungen für den ESM (2014: 445 Mio. EUR) mit rd. 211 Mio. EUR deutlich niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das Gesamtjahr sind Auszahlungen iHv 1 Mrd. EUR budgetiert. Die Einzahlungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 117 Mio. EUR auf 440 Mio. EUR, laut Bericht zum Budgetcontrolling gehen diese insbesondere auf geringere Liegenschaftsverkäufe und niedrigere Haftungsentgelte im Ausfuhrförderungsverfahren zurück.

Die Differenzen zum Ergebnishaushalt gehen im Wesentlichen auf die Novelle des Ausfuhrförderungsgesetzes von 2012 zurück, wonach Guthaben unter bestimmten Umständen abgeschöpft werden können. Dies erfolgte Anfang 2015 und zeigt sich im Ergebnishaushalt des Bundes durch eine Umbuchung aus der zweckgebundenen Gebarung in den allgemeinen Haushalt iHv rd. 190 Mio. EUR.

UG 46-Finanzmarktstabilität

In der UG 46-Finanzmarktstabilität sind bis Ende Mai 2015 lediglich Auszahlungen iHv 2,3 Mio. EUR angefallen, im Vergleichszeitraum des Vorjahres erfolgte eine Kapitalstützungsmaßnahme bei der ehemaligen Hypo Bank International AG iHv 750 Mio. EUR. Waren im Bundesvoranschlag 2015 Auszahlungen iHv 431 Mio. EUR budgetiert, so geht das Bundesministerium für Finanzen nun von einer Überschreitung bis zu 1,3 Mrd. EUR aus. Davon entfällt laut Bericht zum Budgetcontrolling 1 Mrd. EUR auf die Haftung des Bundes für die Nachrangdarlehen der früheren Hypo-Alpe-Adria AG bzw. HETA Asset Resolution AG sowie 300 Mio. EUR auf sonstige Haftungen des Bundes. Die im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedrigeren Einzahlungen iHv 441 Mio. EUR ergeben sich aus dem Abschluss der Rückzahlungen des Partizipationskapitals (mit Ausnahme der ÖVAG) und der darauf entfallenden Dividenden. Darüber hinaus sind die Haftungsentgelte aus dem Finanzmarktstabilitätsgesetz bzw. aufgrund des Zahlungsmoratoriums laut Bankenabwicklungssanierungsgesetz stark rückläufig.



UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge

Bis Ende Mai betragen die Auszahlungen in der UG 58-Finanzierungen, Währungstauschverträge rd. 2,1 Mrd. EUR (-676 Mio. EUR bzw. -24 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres). Besser interpretierbar als die Ergebnisse der Finanzierungsrechnung sind die in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Aufwendungen. In der Ergebnisrechnung erfolgt eine Aufteilung der Agien und Disagien auf die gesamte Laufzeit und eine periodengerechte Abgrenzung von Zinszahlungen. Im Zeitraum Jänner bis Mai 2015 betrug der Zinsaufwand laut Ergebnisrechnung 2,6 Mrd. EUR. Dies bedeutet einen Rückgang um rd. 224 Mio. EUR bzw. 7,9 % gegenüber dem Vorjahr, der budgetierte Rückgang beträgt 397 Mio. EUR (6 %). Grund für diesen Rückgang ist das weitere Absinken des allgemeinen Zinsniveaus.